

Selbsthilfe, bürgerschaftliches Engagement und sozialräumliche ‚Soziale Arbeit‘

In diesem Beitrag wird im aktuellen sozialpolitischen Diskurs geprüft, inwiefern sich Selbsthilfe unter dem Dach des bürgerschaftlichen Engagements behaupten kann, ohne an Profil und Wirkung zu verlieren. Potenziale werden diskutiert, die in den Kooperationen von Selbsthilfekontaktstellen und Einrichtungen der ‚Sozialen Arbeit‘ liegen. Im Rahmen von Lebensweltorientierung und Empowerment können professionelle Strategien und Selbsthilfeaktivitäten sinnvoll verknüpft werden. Insbesondere im Sozialraum- bzw. Gemeindebezug erscheinen Vernetzungen nach thematischen und nach sozialräumlichen Kriterien sinnvoll.

1. Selbsthilfe im zivilgesellschaftlichen Diskurs

Zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung entwickelte sich ein Diskurs über den ausufernden und nicht finanzierbaren Sozialstaat in allen Medien. Diese Offensive bereitete die Agenda 2010 und ähnliche Programme vor, in denen das Motto „fordern und fördern“ zur Leitperspektive im aktivierenden Sozialstaat wurde. Auch als Reflex auf den Niedergang der DDR und die unterstellte Versorgungshaltung der Neubundesbürger/innen wurde eine ideologische Diskussion über die staatliche Daseinsvorsorge und die Notwendigkeit, die Bürger/innen stärker in die Verantwortung zu nehmen, geführt. Mit Bezug auf Robert Putnam wurde ‚Soziales Kapital‘ als die wertvollste Ressource gesehen, um aus sozialer Isolation und allgemeiner Politikverdrossenheit zu zivilgesellschaftlicher Erneuerung zu gelangen (vgl. Putnam 2000). Zivilgesellschaftliches Engagement solle als Bindeglied zwischen dem Individuum und dem Staat wirken und die Selbstheilungskräfte aktivieren, sozialstaatliche Versorgung untergrabe hingegen die Verantwortungsbereitschaft der Bürger/innen. Angesichts der zunehmend engen Staatsfinanzen weckte der Blick auf diese Ressourcen in der Bundesrepublik große Hoffnungen (vgl. Lamping u.a. 2002). Der „Aktivierende Staat“ wurde 1999 Leitbild der rot-grünen Bundesregierung, wobei eine neue Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft angestrebt und der Selbstregulierung der Vorrang vor staatlicher Steuerung eingeräumt wurde.

Kritische Stimmen hoben dagegen hervor, dass die Ressource ‚Freiwilligenarbeit‘ zur Sanierung defizitärer Haushalte ins Spiel gebracht und gleichzeitig als bürgerschaftliche Beteiligungsofferte schmackhaft gemacht werde (Braun 2001, S. 3ff.). Dabei würden soziale Ungleichheiten ignoriert, die für Aktivitäten im bürgerschaftlichem Engagement aber entscheidend seien (vgl. Braun 2002). Auch die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages räumte dies ein: „Tatsächlich ist bürgerschaftliches Engagement heute nicht für alle Bürger/innen unserer Gesellschaft gleichermaßen zugänglich. Unter-

schiede im Engagement spiegeln auch unterschiedliche Lebenslagen wider“ (Deutscher Bundestag 2002, S. 48). Bürgerschaftliches Engagement als Selbsthilfe in sozial schwierigen Lebenslagen stößt nach einigen Autoren an Grenzen, da Demoralisierungserfahrungen (Keupp 1997, S. 59f.) und fehlende Selbstwirksamkeitserfahrungen (Deutscher Bundestag 2002, S. 48) sowie soziale Desintegrationserfahrungen (Anhut / Heitmeyer 2007, S. 55) die Fähigkeit zur Gestaltung des eigenen Lebens stark einschränken. Butterwegge schließlich spitzt den Vorwurf wie folgt zu: „Privatwohltätigkeit und Fürsorge ersetzen wieder den Anspruch auf Sozialhilfe; Leistungsgarantien für die Klient/innen werden in freiwillige Spenden und Almosen umgewandelt; Bedürftige treten bei karitativen Einrichtungen als Bittsteller/innen auf. Letztlich führt die Abschaffung von Rechtsansprüchen auf Sozialleistungen im Extremfall wieder zur Vergabe persönlicher Gratifikationen nach Gutsherrenart“ (Butterwegge 1997, S. 27). Die kritischen Stimmen monieren also, dass bürgerschaftliches Engagement instrumentalisiert wird, um Rechtsansprüche auf soziale Absicherung zu unterminieren.

Einerseits steigt also die Erwartung an selbstbestimmtes Engagement im Sinne bürgerschaftlicher Teilhabe und Problembewältigung, andererseits aber auch die Gefahr, dass gesellschaftlich marginalisierte Gruppen auch von diesen zivilgesellschaftlichen Formen der Hilfe abgekoppelt sind.

Dagegen wurde durch die gemeinwesenorientierte ‚Soziale Arbeit‘ das ‚Empowerment‘ als Strategie der Selbstermächtigung in die Diskussion gebracht. Die Betroffenen sollten darin unterstützt werden, sich selbstbestimmt und eigenverantwortlich als Expert/innen ihrer Selbst zu verstehen und ihre Ressourcen zu entdecken. Sowohl die Prinzipien der Selbstorganisation, der ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ und der Aktivierung bürgerschaftlicher Potenziale wurden hier miteinander verknüpft. Die wohlmeinende, aber entmündigende Staatsfürsorglichkeit der ‚Sozialen Arbeit‘ (Herriger 2002, S. 27) könne so überwunden und durch ein verändertes Professionsverständnis ersetzt werden.

2. Gesundheitsbezogene Strukturentwicklung der Selbsthilfeförderung

Durch das Gesundheitsreformgesetz (SGB V, § 20) aus dem Jahr 2000 wurde die Verpflichtung der Förderung der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe, also auch die Förderung der gesundheitsbezogenen Arbeit der inzwischen ca. 280 Selbsthilfekontaktstellen und -Unterstützungseinrichtungen (Thiel 2007, S. 148), durch die Krankenkassen festgeschrieben. Damit wurde die Selbsthilfe anerkannter Bestandteil zur Ergänzung und Optimierung des Gesundheitssystems mit einer sozialversicherungsrechtlichen Kodifizierung. Dies erforderte neue Regelungen der Selbsthilfeförderung durch die Krankenkassen, wobei die Selbsthilfekontaktstellen als Vernetzungs-, Kontakt- und Beratungsstellen auftreten konnten, die Empfehlungen für die Vergabe von Mitteln erarbeiteten (vgl. Rachor 2006). Die Förderung der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe war damit auf eine relativ verlässliche Grundlage gestellt worden und unterscheidet sich strukturell von den übrigen Bereichen der Selbsthilfeförderung (Familie, Migration, Sozi-

ales), die von den kommunalen Haushalten und von Länderfinanzen und jährlichen Verteilungsgrundlagen abhängig waren und sind. Es fehlen offenbar der politische Wille und der finanzielle Handlungsspielraum, eine adäquate Förderstruktur zu entwickeln (Keupp 2006, S. 87; Stummbaum 2006, S. 59). Inzwischen spiegelt sich die Fördersituation offenbar in den Thematiken, zu denen sich bundesweit Selbsthilfegruppen bilden. 75 Prozent der Gruppen arbeiten mit gesundheitsbezogenen Themen, ca. 10 Prozent zu Themen der sozialen Integration, Bildung, Ökologie, weitere 15 Prozent zu psychosozialen Themen, Lebenskrisen und Lebenslagen (Robert Koch-Institut 2004, S. 14). Es wird zukünftig zu fragen sein, ob die Förderungsstruktur, die besonders den Gesundheitsbereich absichert, zu einer weiteren Verschiebung zuungunsten der sozialen Selbsthilfe führt.

3. Selbsthilfe als Bestandteil des bürgerschaftlichen Engagements – eine kritische Durchsicht verbreiteter Positionen

Die Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages formulierte 2002 eine umfassende Bestandsaufnahme (Deutscher Bundestag 2002, S. 3) und ordnete die Selbsthilfe gleichrangig mit Nachbarschaftsinitiativen, Tauschringen, Bürgerinitiativen und Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) unter das bürgerschaftliche Engagement (BE) ein. Zugrunde liegt hier ein Verständnis der Bürger/innengesellschaft, die mit einer freiwilligen Verantwortungsübernahme (ebd. S. 33) rechnen und Bürger/innen in die Pflicht nehmen kann. Vorausgesetzt werden aufgeklärte, über ihre Rechte und Pflichten unterrichtete, weitgehend rational nach ihren Interessen handelnde Bürger/innen, die den Staat mitgestalten und sich gleichzeitig ihrer Mitverantwortung versichern wollen. Die Prämissen der Selbstorganisation, der Selbstbestimmung und der Ablehnung ‚expertokratischer‘ Bevormundung, wie sie in der Selbsthilfe gelten, stehen damit weitgehend in Einklang. Die Enquête verstärkte den sozialpolitischen Impuls, die Beziehungen zwischen bürgerschaftlichem Engagement und bestehenden sozialstaatlichen Institutionen als notwendiges Ergänzungsverhältnis auszubauen und mit eigenen Gelegenheitsstrukturen zu versehen (Keupp 2001, S. 19), um vorhandene Motivationen und Veränderungspotenziale in konkrete und selbstorganisierte Initiativen zu überführen. Die Selbsthilfe wurde auf diese Weise quasi ‚eingemeindet‘ und in einen repräsentativen Rahmen gestellt, der mehr Aufmerksamkeit und gesellschaftliche Anerkennung verspricht. Sie suchte ihrerseits die Chance, mit einem ‚starken Partner BE‘ vom Aufwind der Diskussion zu profitieren.

Die Fachwelt, Teile der Politik und Verwaltung reagierten mit programmatischen Erklärungen, wie der Berliner Charta zum bürgerschaftlichen Engagement (2004) oder der Münchner Erklärung zum bürgerschaftlichen Engagement (2007), um den Diskurs weiter anzufachen und politischen Druck zu entwickeln.

Aus der Perspektive von Selbsthilfe wirft diese Entwicklung aber durchaus Fragen auf:

- Gewinnt die Selbsthilfe unter dem Dach des bürgerschaftlichen Engagements tatsächlich die gewünschte Aufwertung, die zu mehr Akzeptanz und Förderung führt?
- Oder verliert die Selbsthilfe an Profil und Qualität, da sie in der Breite (und Beliebtheit) des bürgerschaftlichen Engagements mit seinem gelegentlichen Trend zur Hochglanzpräsentation aufgeht?
- Kann der Anspruch der kritischen Ergänzung des Sozial- und Gesundheitswesens mit für die Betroffenen alternativen Lösungswegen gehalten und der sozialpolitische Diskurs weiterhin kritisch begleitet werden?
- Können Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenagenturen sinnvoll vernetzt, können Doppelstrukturen und Konkurrenzen vermieden und kann Transparenz hergestellt werden?
- Können die unterschiedlichen Sprachen und Handlungslogiken, wie sie in Teilen des bürgerschaftlichen Engagements und in der Selbsthilfe vorherrschen, miteinander kompatibel gemacht werden (Thiel 2007, S. 150)
- Entstehen gar neue Verteilungskämpfe durch die Ausdehnung der Felder?

Aus den Reihen von NAKOS wird schon frühzeitig auf diese Fragen hingewiesen und bezüglich möglicher Identifizierungsprobleme von Selbsthilfe unter dem Dach des bürgerschaftlichen Engagements angemerkt: „Das Spezifische besteht in der Verbindung von direkter eigener Betroffenheit und solidarischem Engagement für andere. Aus ihrem Tun aus der Gruppe Gleichbetroffener erwarten die in der Selbsthilfe engagierten Menschen primär einen Nutzen und Effekte für sich selbst – und erst dann, aber genau dann, richten sie ihren Blick auf andere Betroffene, übernehmen sie die Verantwortung über die Gruppe hinaus für die Lösung von Problemen in der gesundheitlichen / sozialen Versorgung im Gemeinwesen und in der Gesellschaft. Das Risiko besteht darin, dass sich aus dem Ringen um Ressourcen und Fördermittel eine Konzeptmodulation in Richtung auf ‚Freiwilligenarbeit‘ und ‚Ehrenamt‘ ergibt“ (Thiel 2001, S. 7).

Ob die Selbsthilfe ihr kritisches Potenzial halten kann, mit dem sie die Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitswesen stets begleitete und Alternativen entwickelte (Thiel 2007, S. 144), ist eine weitere Frage. Konflikträchtige Selbsthilfeinitiativen stehen zukünftig möglicherweise stärker in Konkurrenz zu Projekten, die für Sponsoren, Politik und Verwaltung verwertbare Erfolgsmeldungen produzieren sollen. Rätz-Heinisch spricht von einer staatlich kontrollierten Partizipation, da sich die Bürger/innen in einen durch Politik und Verwaltung gesteuerten Kontext der Mitbestimmung begeben und nur ein begrenzter Spielraum zur Verfügung steht. Die Auseinandersetzung mit schlechten Erfahrungen und Lücken im Sozial- und Gesundheitswesen sowie die Entwicklung selbstbestimmter Lösungsstrategien seien im bürgerschaftlichen Engagement nicht so deutlich angelegt, wie im Selbstverständnis von Selbsthilfe (Rätz-Heinisch 2005, S. 42).

Unter dem Dach des bürgerschaftlichen Engagements werden sehr breite Aktivitäten und sehr heterogene Interessen versammelt, wobei die Tendenz zur Hochglanzvermarktung dann nicht zu übersehen ist, wenn Industrie, Medien und Politik ihr Image pflegen wollen. Dagegen gilt es, die Alltagsarbeit der

Selbsthilfe nicht nur zu behaupten, sondern gleichfalls positiv zu positionieren und den Charakter einer inhaltlich selbstbestimmten und ggf. kritisch positionierten Arbeit zu wahren.

4. Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement: Zugänge, Barrieren und notwendige Kompetenzen

Ob die Selbsthilfe als Motor des bürgerschaftlichen Engagements wirken kann, ist unter anderem davon abhängig, wer überhaupt einen Zugang findet, wer Ressourcen einbringen kann und inwiefern sich die eigene Problembearbeitung mit den Interessen anderer deckt. Voraussetzung ist, dass die individuellen Problemerkahrungen mit anderen geteilt werden und durch gemeinschaftliches Engagement grundsätzlich angegangen werden können. Keupp zeigt entsprechende Prozesse am Beispiel der Entwicklung Münchner Mütterzentren auf (Keupp 1997, S. 186).

Wenn aber Gruppen von Betroffenen durch Selbsthilfe möglicherweise gar nicht erreicht werden, stellt sich die Frage nach den erforderlichen Selbsthilfekompetenzen (vgl. Trojan 2001; Nickel u.a. 2006).

Dass viele Betroffene zunächst auf der Suche nach unmittelbarer Hilfe und Entlastung sind und daher eine Selbsthilfegruppe aufsuchen, wird in einigen Interviews, die im Rahmen eines Münchner Forschungsprojektes durchgeführt wurden, bestätigt. Die individuelle Betroffenheit und die Suche nach alternativen Experten stellen demnach gängige Motivationen dar, eine Gruppe zu besuchen. Erst bei kontinuierlicher Mitarbeit entsteht ein Bewusstsein für die Bedeutung des eigenen Wissens als Expertenwissen. So werden von Selbsthilfegruppenmitgliedern durchaus konsumistische Haltungen („Tipps bekommen“) bei Neuzugängen ebenso beobachtet wie ein Gefälle zwischen den Langzeitaktivisten und dem Rest der Gruppe. Es sei generell schwieriger, Aktivitäten auf die Beine zu stellen, die über den regelmäßigen Gruppentreff hinausreichen und etwa Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

Diese Beobachtungen basieren zurzeit auf einer begrenzten Anzahl von regelmäßigen Nutzern des Selbsthilfezentrums. Sie sind überwiegend mit gesundheitsbezogenen oder psychosozialen Themen befasst und machen den ‚traditionellen‘ Kern von Selbsthilfe aus. Diese Zielgruppe mit erhöhtem Problem- und Leidensdruck ist unmittelbar an der eigenen Problembewältigung orientiert und benötigt zunächst den Beistand der Gruppe. Erst auf dieser Basis und nach längerer Zeit kann sich eine Motivation entwickeln, sich verstärkt für andere zu engagieren (vgl. Thiel 2001). Trojan führt die Teilnahme an Selbsthilfeaktivitäten sowohl auf individuelle Belastungen sowie auf Mängel im professionell sozialstaatlichen System zurück. Der Zugang zu Selbsthilfe stelle sich nicht nur aus unmittelbarer Betroffenheit her, sondern bedürfe darüber hinaus der Kontrollüberzeugung, dass durch Aktivitäten das eigene Leben positiv gestaltet werden könne. Die entsprechenden Kompetenzen seien aber nicht immer vorhanden (Trojan 2001, S. 78).

In einer daraus abgeleiteten Studie kommen Nickel und andere zu dem Ergebnis,

- dass Selbsthilfepotenziale aktiviert werden müssten, da Betroffene in schwierigen Lebenslagen oft keinen Zugang zu Selbsthilfe finden,
- dass es Barrieren gibt, die den Zugang zur Selbsthilfe offenbar erschweren,
- dass innovative Zugänge zur Selbsthilfe benötigt werden, um trotz der vorhandenen guten Infrastruktur die betreffenden Adressat/innen auf Angebote aufmerksam zu machen. (Nickel u.a. 2006, S. 81)

Diese Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Zugänge zur Selbsthilfe keineswegs für alle selbstverständlich sind, dass vielmehr spezifische Erfahrungen und Kompetenzen erforderlich sind, dass soziales und kulturelles Kapital (Bildung, ethnischer Hintergrund usw.) gleichfalls über Zugänge und Engagement entscheiden. Der Zeitgeist tut ein Übriges, dass den zahlreichen Expert/innen mehr Zutrauen gegeben wird als der eigenen Erfahrung und Kompetenz. Die Ressource ‚Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement‘ hat also offenbar Grenzen, die durch soziale Ungleichheit bedingt sind.

In verschiedenen Studien zeigt sich eine generell vorhandene Bereitschaft eines überwiegenden Teils der Bevölkerung, wöchentlich mehrere Stunden freiwillige Hilfeleistungen zu erbringen (BMFSFJ 2005, S. 9; Keupp 1997, S. 176). Bezogen auf Selbsthilfe in Deutschland wurde ein Wert von 75 Prozent für Personen ermittelt, die bei spezifischen Problemen eine Selbsthilfegruppe aufsuchen würden (Robert Koch-Institut 2004, S. 13). Andererseits wird in derselben Studie auf einen Befund des im Auftrag des BMFSFJ durchgeführten repräsentativen Freiwilligensurveys aus dem Jahr 1999 verwiesen, wonach größere Teile der Bevölkerung (58 %) noch nie von Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen gehört haben (ebd. S. 13). Diese Befunde sind nur vordergründig widersprüchlich. Als abstrakter Wert besitzt Selbsthilfe offenbar eine hohe Akzeptanz, im alltäglichen Leben wird sie aber konkret von wenigen direkt gesucht und in Anspruch genommen.

Es kann zwar davon ausgegangen werden, dass das ‚Soziale Kapital‘ als Potenzial für bürgerschaftliches Engagement in der Gesellschaft langsam wächst. Diese sozialen Bindungskräfte (vgl. Putnam 2000; Keupp 2001) werden allerdings auch von Effekten der sozialen Distinktion begleitet (vgl. Braun 2002). Demnach entscheiden die familiäre und die kulturelle Herkunft, die sozialen Beziehungen sowie die erworbene Bildung als ‚Soziales Kapital‘ (im Sinne von Bourdieu) darüber, zu welchen gesellschaftlichen Bereichen Menschen verschiedener Schichten Zugang erhalten. Bürgerschaftliches Engagement könnte auf diese Weise zu einer exkludierenden (oder: exklusiven) Veranstaltung werden.

5. ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ und ‚Subsidiarität‘ im Selbstverständnis der ‚Sozialen Arbeit‘

In der ‚Sozialen Arbeit‘ gibt es in Theorie und Praxis zahlreiche Vorbehalte gegenüber der Selbsthilfe. Dennoch gehört sie quasi zum Kern sozialarbeiterischen Handelns. Im Sozialgesetzbuch I ist im allgemeinen Teil in § 1 Absatz 1 die ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ an hervorgehobener Stelle erwähnt. In den theoretischen

schen Erörterungen zum Hilfebegriff wird allerdings schnell deutlich, dass ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ nur eine von vielen Möglichkeiten sozialer Hilfe ist. Eine grundsätzlich eher präventive, fördernde und erhaltende Ausrichtung der Sozialpädagogik (vgl. Schilling 2005) wurde mit der fortschreitenden Professionalisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch eine zunehmende Expertenorientierung verdrängt. Die Profession reklamierte einen immer größer werdenden Wissensvorsprung gegenüber den betroffenen Laien (Dewe / Otto 2001, S. 1408). Die Folge war die Entwicklung spezieller Methoden, Diagnostiken und ausdifferenzierter sozialer Dienste. Die ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ blieb zwar eine viel zitierte Maxime, aber interventionistische Maßnahmen, beispielsweise der Jugendhilfe, wurden gesetzlich verankert, wohingegen präventionsorientierte Maßnahmen nur als freiwillige Leistungen aufgeführt sind und in der Folge oft dem Rotstift zum Opfer fielen.

In der ‚Sozialen Arbeit‘ folgen ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ und ‚Subsidiarität‘ einem ähnlichen Hilfeverständnis. Demnach soll die Sicherung und Gestaltung der Existenz vornehmlich der Initiative des Individuums überlassen bleiben. Die Hilfe der Gemeinschaft ist dagegen auf Ausnahmesituationen beschränkt. In der Frühzeit der Industrialisierung geboren will dieses Prinzip lediglich vorübergehende Notlagen abfedern und die Handlungsfähigkeit wieder herstellen (Sachße 2005, S. 931). Historisch zeigt sich, dass die ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ im Armenwesen des 18. und 19. Jahrhunderts beispielsweise von ständischen Organisationen an erkrankte Handwerker oder im Elberfelder System in Form zeitlich stark begrenzter Hilfen an Bedürftige gewährt wurde. Für die manifesten Fälle hingegen gab es schon damals entsprechende Verwahranstalten der öffentlichen Fürsorge: die Armen- und Waisenhäuser, die Spitäler, die Zucht- und Arbeitshäuser (Sachße / Tennstedt 1983, S. 261).

Nach 1945 wurde in der Bundesrepublik mit dem Prinzip der ‚Subsidiarität‘ eine plurale Wertorientierung auf den Weg gebracht. Die Aufforderung zur pluralen, wertebezogenen Wohlfahrtstätigkeit sichert zugleich die Existenz der großen Wohlfahrtsverbände. In den letzten 20 Jahren wird ‚Subsidiarität‘ jedoch mehr und mehr auch unter dem Aspekt der Kosteneinsparung und der Erschließung neuer Ressourcen gesehen (vgl. Sachße 2005, S. 933).

Ingrid Mielenz stellt fest, dass die Wahrnehmung von Selbsthilfe in den letzten Jahrzehnten zwar zahlreichen Schwankungen zwischen sozialromantischer Verklärung und professioneller Skepsis ausgesetzt war, die fachpolitische Akzeptanz insgesamt jedoch gewachsen sei. Selbstorganisierte, selbstverwaltete Initiativen und Projekte hätten in der ‚Sozialen Arbeit‘ vielfältige Aufgaben übernommen. Viele Elemente von Selbstbestimmung und Selbstorganisation seien in die grundlegenden Handlungskonzepte der ‚Sozialen Arbeit‘ aufgenommen und verwirklicht worden. Sie nennt unter anderem die verstärkte sozialräumliche Orientierung mit Einmischungs- und Beteiligungsstrategien sowie die erfolgreiche Integration von Selbsthilfe in den Bereich der Gesundheitshilfen (Mielenz 2005, S. 734). Allerdings sieht sie die Gefahr der Überbewertung von selbstorganisierten Projekten im Zusammenhang mit einem Verlust an Fachlichkeit und einer Legitimation des staatlichen Rückzugs aus der Finanzierung der sozialen Sicherung (ebd. S. 734). Pankoke beobachtet darüber hinaus ange-

sichts des Paradigmenwechsels in der ‚Sozialen Arbeit‘ vom Fallbezug zum Feldbezug in der Gemeinwesenarbeit ein neues Interesse an Aktionsformen der Selbsthilfe und Solidarhilfe (Pankoke 1997, S. 816). Im Blick über die Literatur verdichtet sich also der Eindruck, dass verschiedene Elemente von Selbsthilfe in der ‚Sozialen Arbeit‘ integriert sind, dass dort aber ein explizites Verständnis der Kooperation mit ‚Selbsthilfe‘ eher weniger verbreitet ist.

Vorbehalte gegenüber der Selbsthilfe erklären sich aus dem professionellen Selbstverständnis der ‚Sozialen Arbeit‘. Zunächst einmal wird die Bedeutung des eigenen Fachwissens und des zunehmend komplexer (und für ‚Laien‘ undurchschaubarer) werdenden Sozialsystems als Bezugsrahmen gesehen. Die blinden Flecken der eigenen Professionalität werden dagegen oft nicht erkannt. Dazu gehört beispielsweise ein ressourcenorientierter Blick. So wird oft übersehen, welche Chance in der Kooperation mit den von ‚Laien‘ organisierten Unterstützungssystemen und Gruppen besteht. Angesichts der wachsenden Unübersichtlichkeit in den Feldern der ‚Sozialen Arbeit‘ nehmen normative Orientierungen zu. Selbsthilfe und Selbsthilfeförderung sind in diesem Kontext im Studium der ‚Sozialen Arbeit‘ leider oft nur eine Randerscheinung.

6. Ressourcenorientierung, Lebensweltorientierung und Empowerment

Gegenwärtig ist das Thema Selbsthilfe am ehesten in den Theoriediskursen zur Lebenswelt- und Sozialraumorientierung, zum Empowerment und zur Ressourcenorientierung sowie in der Quartiers- und Gemeinwesenentwicklung virulent.

Für den Kontext von ‚Selbsthilfe‘ und ‚Sozialer Arbeit‘ ist zunächst die Theorie der Lebenswelt von Bedeutung. Sie ist zugleich auch eine theoretische Basis für die Empowermentstrategien (Keupp 1997, S. 192 ff.; vgl. auch Stark 1996). Das Lebensweltparadigma geht auf die phänomenologische Soziologie (Edmund Husserl, Alfred Schütz) zurück und stellt die Subjekte in ihrem Alltag in den Mittelpunkt: Jedes Individuum verfügt zwar über eine eigene Wahrnehmung und Deutung der Wirklichkeit. Gleichzeitig wird diese subjektiv erfahrene Welt aber mit anderen unwillkürlich geteilt. Lebenswelt hat demnach die beiden Dimensionen: Erstens die der subjektiven Wahrnehmung von Wirklichkeit, zweitens die des kollektiv geteilten Rahmens. Nach Habermas wird der kollektive Rahmen von sozialen Ordnungen (Gesellschaft) und der jeweiligen Kultur mit ihren Wissensvorräten und Deutungsmustern gebildet. Die Theorie der Lebenswelt umschließt also sowohl die subjektive Wahrnehmung der gesellschaftlichen Wirklichkeit wie auch die kommunikativ hergestellten sozialen Ordnungen und kulturellen Praktiken. Nach Thiersch kann dieses Paradigma für eine alltagsnahe, beteiligungsorientierte und aktivierende Sozialpädagogik nutzbar gemacht werden: „Lebensweltorientierung verbindet die Analyse von gegenwärtig spezifischen Lebensverhältnissen mit pädagogischen Konsequenzen. Sie betont – in der Abkehr von traditionell defizitärem und individualisierendem Blick auf soziale Probleme – das Zusammenspiel von Problemen und Möglichkeiten, von Stärken und Schwächen im sozialen

Feld und gewinnt daraus das Handlungsrepertoire zwischen Vertrauen, Niedrigschwelligkeit, Zugangsmöglichkeiten und gemeinsame Konstruktionen von Hilfsentwürfen auszubalancieren“ (Thiersch / Grunwald / Köngeter 2002, S. 161).

Bei der systematischen Analyse von Lebenswelten werden die Dimensionen Zeit (im Sinne von Biographien und als Zeitgeschichte), sozialer Raum, soziale Beziehungen, Bewältigungsaufgaben (individuelle oder gemeinschaftliche Aufgaben zur Alltagsbewältigung), Ressourcen (Stärken) und gesellschaftliche Strukturen (auch kulturelle Rahmenbedingungen) untersucht. Ziel ist die kritische Veränderung von Alltag, also nicht nur die Bestätigung des Vorgefundenen. Folgende Handlungsmaximen werden für die Praxis aufgestellt:

- Prävention zur Stabilisierung der Kompetenzen und Ressourcen zur Lebensbewältigung
- Alltagsnähe zur Aktivierung der Adressat/innen in ihrer Lebenswelt (Niedrigschwelligkeit und Ganzheitlichkeit statt ‚Expertokratie‘)
- Integration als Gegenkonzept zu Stigmatisierung und Ausgrenzung und zur Akzeptanz von Unterschieden (Respekt, Toleranz) auf der Basis elementarer Gleichheit
- Partizipation zur wirksamen und partnerschaftlichen Gestaltung sozialer Hilfen und zur Anerkennung der Betroffenen als Expert/innen ihrer selbst
- Dezentralisierung und Vernetzung sozialer Hilfen zur Bindung an regionale Ressourcen und alltagsnahe Netzwerke (ebd. S. 172ff.)

Das Ziel dieser Bemühungen ist es, gemeinsam mit den Adressat/innen einen gelingenderen Alltag zu organisieren.

In den letzten Jahren ist zunehmend von Sozialraumorientierung die Rede. Hierbei wird das Konzept der Lebensweltorientierung in die Gemeinwesenarbeit integriert und mit Strategien der Organisationsentwicklung, der Entdeckung von Ressourcen („Soziales Kapital“) und der Aktivierung von Adressat/innen im Sinne des Empowerments verbunden (Früchtel / Cyprian / Budde 2007, S. 22). Die sozialräumlich strukturierte „Soziale Arbeit“ behandelt den Einzelfall im Kontext des Feldes und versucht gleichzeitig die soziale Umgebung und den politischen bzw. verwaltungsmäßigen Rahmen durch Partizipation zu verändern. Nach Hinte verfolgt Sozialraumorientierung folgende Prinzipien:

- Konsequentes Ansetzen am Willen und an den Interessen der Wohnbevölkerung
- Aktivierende Arbeit und Förderung von Selbsthilfe
- Konzentration auf die Ressourcen der im Quartier lebenden Menschen
- Zielgruppen- und bereichsübergreifender Ansatz
- Kooperation und Abstimmung der professionellen Ressourcen (vgl. Hinte/Treeß 2007).

In den Handlungsmaximen der Lebensweltorientierung und der Sozialraumorientierung wird die Schnittstelle der ‚Sozialen Arbeit‘ zur ‚Selbsthilfe‘ also jeweils deutlich formuliert, in der Sozialraumorientierung sogar stärker im Sinne eines politischen Mandats zur Stärkung der Adressat/innen.

7. Selbsthilfekontaktstellen als potenzielle Schnittstellen zur sozialräumlichen Arbeit

Die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) plädiert für eine sozialräumliche Öffnung der Selbsthilfe, da sie in idealer Weise geeignet sei, die gemeinwesenorientierte ‚Soziale Arbeit‘ mit quartiersnahen, niedrigschwelligen Angeboten zu unterstützen (NAKOS 2006, S. 111).

Zu den Aufgaben der Selbsthilfekontaktstellen gehört nach deren Selbstverständnis unter anderem:

- die Verknüpfung der Selbsthilfegruppen mit dem professionellen Versorgungssystem
- die Vermittlung von Kontakten zu Fachleuten, Medien, Verbänden und Verwaltungen
- Hinweise auf professionelle Versorgungsangebote in der Stadt und Region.

Trotz des freiwilligen Charakters der Selbsthilfe benötige sie kontinuierliche Unterstützung von außen. Selbsthilfefördernde Rahmenbedingungen tragen ganz wesentlich dazu bei, dass Selbsthilfe sich entfalten kann, heißt es auf der NAKOS-Website.

Die bei den Selbsthilfekontaktstellen nachgefragten Leistungen an Information, Beratung, Vernetzung, Impulsen für Gruppenarbeit in den Feldern des Sozial- und Gesundheitswesens liegen zu einem großen Teil an der Schnittfläche zwischen ‚Sozialer Arbeit‘ und ‚Selbsthilfe‘.

Zunehmend wird es zudem relevant, Problemlösungen und soziales Engagement in den lebensweltlichen Zusammenhängen vor Ort zu fördern: „Bezogen auf die Selbsthilfeunterstützungsarbeit kann Sozialraumorientierung heißen, in definierten Sozialräumen die Selbsthilfearbeit zu ‚dezentralisieren‘. Dazu gibt es zahlreiche Schnittstellen (...), an denen sich Selbsthilfeunterstützer/innen vernetzen und sozialraumorientierte ‚Soziale Arbeit‘ konstruktiv mitgestalten können“ (NAKOS 2006, S. 111).

Eine dezentralisierte Selbsthilfeunterstützung wäre demnach als Ergänzung zu vorhandenen sozialen Diensten denkbar und konstruktiv zu entwickeln. Da die sozialen Dienste ihrerseits zunehmend auf dezentralisierte Maßnahmen setzen, könnte Selbsthilfe eine wichtige Ressource zur Entwicklung einer gemeinwesenorientierten ‚Sozialen Arbeit‘ sein. Eine stärker dezentralisierte, in den Stadtteilen größerer Städte oder in den Gemeinden größerer Kreise verankerte Selbsthilfe ist auf modern konzipierte, offene Einrichtungen angewiesen, in denen Gelegenheitsstrukturen räumlicher Art durch kompetentes Personal ergänzt werden. Statt Expertentum zu praktizieren, müssen dort Eigenaktivitäten gefördert und zugelassen werden. Selbsthilfekontaktstellen, die traditionell an der Schnittstelle zwischen Profession und Ehrenamt arbeiten, verfügen hier schon über die langjährig entwickelten Kompetenzen, die sie zur Qualifizierung anderer Fachkräfte im Sinne von Gruppenorientierung und Empowerment einbringen sollten.

8. Beispiele für quartiersbezogene Programme zur Förderung von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement

In vielen Konzeptionen sozialräumlich angelegter Projekte ist die Unterstützung von Selbsthilfe ein wesentlicher Baustein. Nachfolgend einige Beispiele aus München, in denen bürgerschaftliches Engagement (und damit auch Selbsthilfe) konzeptionell verankert ist:

In *Kindertageszentren* wird eine halboffene Kinderbetreuung mit familienergänzenden Hilfen (Beratung, Elternschule, Gesundheitsberatung) und durch offene Treffs ergänzt. Flohmärkte, Tauschbörsen, Babysitterdienste usw. werden von den Familien selbst organisiert. Die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen sollen wesentlich zur Ermöglichung von Eigenaktivitäten beitragen.

Altenservicezentren bieten Angebote für ältere Menschen, die im häuslichen Umfeld verbleiben wollen und zum Teil auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind oder der sozialen Isolation entgegen gehen wollen. Sie fördern die Integration in den Stadtteil und versuchen Menschen aus dem Stadtteil zu gewinnen, älteren Menschen Hilfestellungen zu geben. Durch Mittagstisch, Patenschaften, freiwillige Betreuungs- und Hilfskräfte, Gruppenangebote und stadtteiloffene Begegnungsveranstaltungen wird der Zugang erleichtert.

Mehrgenerationenhäuser entstehen mit ähnlicher Konzeption aus dem Aktionsprogramm des Bundesfamilienministeriums. Der offene Treff mit Cafeteria gilt als Kernstück der Einrichtungen. Neben Angeboten für ältere Menschen finden sich auch Kinderbetreuung und haushaltsnahe Dienstleistungen. Es zeigt sich offenbar schon nach kurzer Zeit, dass Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement dann besonders verknüpft werden kann, wenn ein unmittelbarer Nutzen mit Geselligkeit und Austausch im öffentlichen Raum verbunden ist (vgl. BMFSFJ 2008).

Sozialbürgerhäuser sind in München die Anlaufstellen für dezentralisierte soziale Dienste, die Jugendhilfe und die Arbeitslosenunterstützung nach Hartz IV. Hier wurden „Beauftragte für bürgerschaftliches Engagement“ eingeführt, die unterstützen, Vernetzungen herstellen, Ressourcen mobilisieren sollen.

Die *quartiersbezogene Bewohnerarbeit* stellt den Bürger/innen Räume zur Verfügung, in denen sie selbst Veranstaltungen organisieren können: Von privaten Feiern über offene Treffs bis zu wöchentlich tagenden, speziellen Gruppen, Beratungszeiten, Vorträgen, Stammtisch- und Kartenrunden, Tauschringen, Chorsingen usw. findet Verschiedenes statt. Nach drei Jahren wird eine tragfähige und selbstorganisierte Struktur durch Bewohner/innen angestrebt.

Ein Fazit an dieser Stelle: Vernetzung auf allen Ebenen ist offenbar erforderlich, um die vielfältigen Konzepte und Möglichkeiten von Selbsthilfe, bürgerschaftlichem Engagement und professioneller ‚Sozialer Arbeit‘ zusammenzuführen. Der politische Wille und Verwaltungsreformen haben den Weg zu vielen Aktivitäten geebnet. Vernetzung bindet aber personelle Ressourcen, Netzwerke müssen gepflegt werden. Es stellt sich die Frage, wie dies von den Beteiligten (z.B. von Selbsthilfekontaktstellen) bewältigt werden kann.

9. Dezentralisierung von Selbsthilfe als aktuelles Erfordernis?

Die ‚Soziale Arbeit‘ vollzieht in Teilen einen Wandel zur sozialräumlichen Dezentralisierung und zur stärker lebensweltorientierten Arbeit. Dadurch wird die Position der Adressat/innen potenziell gestärkt, da sie eher als Expert/innen ihrer selbst angesprochen werden. In den dezentralen Einrichtungen der sozialen Dienste finden sich konzeptionell zunehmend Ansätze der Selbsthilfeförderung als Ergänzung zu den professionellen Angeboten. Die ‚Soziale Arbeit‘ versucht also auf breiterer Basis ihre Klientel zur Mitwirkung zu gewinnen. In diesem Kontext sind selbstbestimmte und selbstorganisierte Aktivitäten als Bestandteil der sozialen Hilfen aufgewertet worden. Daraus ergibt sich nicht zwangsläufig die Notwendigkeit zur Regionalisierung der Arbeit von Selbsthilfekontaktstellen, sondern nur dort, wo neben der notwendigen Vernetzung eine Qualifizierung der Mitarbeiter/innen in den Einrichtungen und eine qualifizierte Beratung und Begleitung von Selbsthilfegruppen gefragt ist. Fazit: Eine sozialräumliche Öffnung der Selbsthilfekontaktstellen bedeutet demnach zuerst, den Kontakt zu den entsprechenden Einrichtungen und Initiativen im Sozialraum herzustellen und zu halten. In den Sozialräumen müssen im Gegenzug vor allem Informationen über die Selbsthilfekontaktstellen vorhanden sein, denn die Selbsthilfekontaktstellen verfügen über das langjährige Know-how und über Qualitätskriterien der Selbsthilfeförderung. Die Selbsthilfekontaktstellen sollten in diesem Zusammenhang ihre Funktion als die zentrale Informations-, Beratungs- und Qualifizierungsstelle in der Stadt oder Region festigen und ihre Netzwerke in die Sozialräume ausdehnen.

Bei aller Dezentralisierung und Lebensweltorientierung bleibt die Notwendigkeit bestehen, zentrale Kontaktstellen und Treffpunkte für diejenigen Menschen zur Verfügung zu haben, die für ihre Probleme einen anonymen Rahmen suchen und sich nicht der Gefahr des unwillkürlichen ‚Outings‘ im Sozialraum aussetzen wollen.

10. Selbsthilfe als Motor für zivilgesellschaftliches Engagement?

Faktisch ist ‚Selbsthilfe‘ bis heute mit ihren in über mehr als 30 Jahren gewachsenen Angeboten, Konzeptionen, Qualitätsmerkmalen und Vernetzungen/Infrastrukturen ein Motor zivilgesellschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik und seit der Wende auch in den neuen Bundesländern gewesen. Die Menschen suchen nach Alternativen zur Lösung ihrer Probleme und entwickeln dabei oft später eine Verantwortung für das Gemeinwohl. Wollte man die Selbsthilfe von Beginn an auf diesen Aspekt verpflichten, würden viele Betroffene dies vielleicht nicht ohne weiteres nachvollziehen können und wollen. Bürgerschaftliches Engagement baut eher auf die Überzeugung, dass soziales Engagement ein Stützpfeiler der Zivilgesellschaft ist und verknüpft es auf diese Weise mit einem spezifischen (kommunitaristischen) Sinn. Die Zugänge zu bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfe sind also nicht die gleichen. Daher sollte Selbsthilfe auch unter dem Dach des bürgerschaftlichen Engagements deutlich mit ihrem eigenen Profil erkennbar blei-

ben. Umgekehrt kann die Bereitschaft zu zivilgesellschaftlichem Engagement nicht in allen Feldern der Selbsthilfe vorausgesetzt werden. Wo Selbsthilfegruppen gut laufen, sind sie ein Motor für bürgerschaftliches Engagement, wenn man sie jedoch in dieser Weise funktionalisieren wollte, würden sie für einen Teil ihrer Mitwirkenden und Interessenten uninteressant.

Die Selbsthilfekontaktstellen verfügen als Netzknoten und als qualitätsbewusste Einrichtungen über eine oftmals lange Erfahrung, die sie in diesem Kontext ins Spiel bringen können. Je mehr die Selbsthilfe und das bürgerschaftliche Engagement gefordert sind, desto mehr Förderung benötigen sie zur Bereitstellung einer professionellen Infrastruktur zur Beratung, Begleitung, Vernetzung, Initiierung und qualitätssichernden Begleitung von Selbsthilfegruppen und selbstorganisierten Initiativen.

Literatur

- Anhut, Raimund / Heitmeyer, Wilhelm: Desintegrationstheorie – ein Erklärungsansatz. Universität Bielefeld, Forschungsmagazin Nr. 1/2007, S. 55-58
- BMFSFJ: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Kurzfassung. Bonn; München 2005
- BMFSFJ: Starke Leistung für jedes Alter. Erste Ergebnisse der Wirkungsforschung im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser. Berlin 2008
- Borgetto, Bernhard / Troschke, Jürgen von (Hrsg.): Entwicklungsperspektiven der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe im deutschen Gesundheitswesen. Schriftenreihe der deutschen Koordinierungsstelle für Gesundheitswissenschaften, Bd. 12. Freiburg i. Br. 2001
- Braun, Sebastian: Bürgerschaftliches Engagement im politischen Diskurs. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25-26/2001, S. 3-5
- Braun, Sebastian: Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29-30/2002, S. 6-12
- Butterwegge, Christoph: Sinnkrise des Sozialen – das Ende des Wohlfahrtsstaates? Nachdruck in: Hering, Sabine (Hrsg.): Bürgerschaftlichkeit und Professionalität. Sozial Extra, Sonderheft 1/2007, S. 23-33
- Deutscher Bundestag: Bericht der Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“. Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. 14. Wahlperiode, Drucksache 14/8900, 3.6.2002
- Dewe, Bernd / Otto, Hans-Uwe: Profession. In: Otto, Hans-Uwe / Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit / Sozialpädagogik. 2. überarb. Aufl. Neuwied 2001, S. 1399-1423
- Engelhardt, Hans Dietrich u.a.: Was Selbsthilfe leistet ... Ökonomische Wirkungen und sozialpolitische Bewertung. Freiburg i. Br. 1995
- Früchtel, Frank / Budde, Wolfgang / Cyprian, Gudrun: Sozialer Raum und Soziale Arbeit. Fieldbook: Methoden und Techniken. Wiesbaden 2007
- Herriger, Norbert: Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. 2. überarb. Aufl. Stuttgart; Berlin; Köln 2002
- Hinte, Wolfgang / Treeß, Helga (Hrsg.): Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. Theoretische Grundlagen, Handlungsprinzipien und Praxisbeispiele einer kooperativ-integrativen Pädagogik. Weinheim 2007
- Keupp, Heiner: Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden. Eigenverlag des Sozialpädagogischen Instituts im SOS-Kinderdorf e.V. München 2001
- Keupp, Heiner: Ermutigung zum aufrechten Gang. Tübingen 1997
- Keupp, Heiner: Selbsthilfe und zivilgesellschaftliches Engagement. In: Selbsthilfezentrum München (Hrsg.): 20 Jahre Selbsthilfeunterstützung in München. München 2006, S. 82-91
- Lamping, Wolfram / Schridde, Henning / Plafß, Stefan / Blanke, Bernhard: Der Aktivierende Staat. Positionen, Begriffe, Strategien. Studie für den Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 2002

- Mielenz, Ingrid: Selbsthilfe / Selbstorganisation. In: Kreft, Dieter / Mielenz, Ingrid (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. Weinheim; München 2005, S. 732-735
- NAKOS (Hrsg.): Selbsthilfe unterstützen. Fachliche Grundlagen für die Arbeit in Selbsthilfekontaktstellen und anderen Unterstützungseinrichtungen. Ein Leitfaden. Berlin 2006
- Nickel, Stefan / Werner, Silke / Kofahl, Christopher / Trojan, Alf (Hrsg.): Aktivierung zur Selbsthilfe. Chancen und Barrieren beim Zugang zu schwer erreichbaren Betroffenen. Bundesverband der Betriebskrankenkassen. Bremerhaven 2006
- Pankoke, Eckart: Selbsthilfe. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.): Fachlexikon der Sozialen Arbeit. Frankfurt / Main 1997, S. 815-817
- Putnam, Robert D.: Bowling alone. The Collapse and Revival of American Community. New York 2000
- Rachor, Gerhard: Die Förderung der Gesundheitsselfhilfegruppen in München. In: Selbsthilfeforum München (Hrsg.): 20 Jahre Selbsthilfeunterstützung in München. München 2006, S. 142-145
- Rätz-Heinisch, Regina: Soziale Arbeit und Bürgerschaftlichkeit. Nachdruck in: Hering, Sabine (Hrsg.): Bürgerschaftlichkeit und Professionalität. Sozial Extra, Sonderheft 1/2007, S. 41-49
- Robert Koch-Institut: Selbsthilfe im Gesundheitsbereich. Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Heft 23. Berlin 2004
- Sachße, Christoph / Tennstedt, Florian (Hrsg.): Bettler, Gauner und Proleten. Armut und Armenfürsorge in der deutschen Geschichte. Reinbek bei Hamburg 1983
- Sachße, Christoph: Subsidiarität. In: Kreft, Dieter / Mielenz, Ingrid (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. Weinheim und München 2005, S. 931-935
- Schilling, Johannes: Soziale Arbeit. Geschichte – Theorie – Profession. 2. überarb. Aufl. Stuttgart 2005
- Stark, Wolfgang: Empowerment. Neue Handlungskompetenzen in der psychosozialen Praxis. Freiburg i. Br. 1996
- Stummbaum, Martin: Kooperationsperspektiven von Selbsthilfe und Sozialer Arbeit. In: Selbsthilfeforum München (Hrsg.): 20 Jahre Selbsthilfeunterstützung in München. München 2006, S. 58-63
- Thiel, Wolfgang: Bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe und Welfare Mix. In: Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (Hrsg.): Selbsthilfegruppenjahrbuch 2007. Gießen 2007, S. 143-151
- Thiel, Wolfgang: Profil und Brückenschläge – beides ist nötig. Die Diskurse im Gesundheits- und Sozialbereich. In: NAKOS EXTRA 31: Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft. Berlin 2001, S. 6-7
- Thiersch, Hans / Grunwald, Klaus / Königeter, Stefan: Lebenswertorientierte Soziale Arbeit. In: Thole, Werner (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. Opladen 2002, S. 161-178
- Trojan, Alf: Empowerment und Selbsthilfe bei sozial benachteiligten Gruppen. In: Borgetto, Bernhard / Troschke, Jürgen von (Hrsg.): Entwicklungsperspektiven der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe im deutschen Gesundheitswesen. Schriftenreihe der deutschen Koordinierungsstelle für Gesundheitswissenschaften, Bd. 12. Freiburg i. Br. 2001, S. 74-89

Dr. Burkhard Hill ist Professor an der Fachhochschule München, Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften, mit dem Lehrgebiet „Berufliches Handeln in der Sozialen Arbeit“. Arbeitsschwerpunkt ist auch die Forschung in der Sozialen Arbeit. In Kooperation mit dem Selbsthilfeforum realisiert er eine Studie zu den Bedarfen, Ressourcen, Schwellenängsten und Blockaden sozialer Selbsthilfe in München. Mit dem hier dokumentierten Vortrag eröffnete Burkhard Hill den Fachteil der Tagung „Dort wo die Menschen leben.“ Brücken bauen, Netze bilden, Kooperationen stärken: Selbsthilfe in der Gemeinde“ der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. Die Tagung wurde vom 25. bis 27. Juni 2008 in Würzburg durchgeführt.